KOLONIALISMUS ERINNERN

Ein gesamtstädtisches Erinnerungskonzept des Landes Berlin

VORWORT DES HISTORISCHEN BEIRATS BEI DER SENATORIN FÜR KULTUR UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

2019 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus unter der Überschrift »Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit« die Ausarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts, dessen Ziel es sein sollte, »die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des mit Berlin verbundenen Kolonialismus zu intensivieren, das Thema in Wissenschaft und Bildung zu verankern, zur Versöhnung beizutragen und würdige Formen des Erinnerns zu entwickeln«.

Der Historische Beirat bei der Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt begrüßt nachdrücklich das nun vorliegende Erinnerungskonzept, das durch intensive Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und erinnerungskulturellen Akteur*innen erarbeitet worden ist. Wissen um und Gedenken an das koloniale Unrecht existieren bislang nur punktuell, obwohl Berlin einen zentralen Ort der deutschen Kolonialgeschichte darstellt. Schon vor Errichtung der formalen Kolonialherrschaft beteiligte sich Brandenburg-Preußen am Versklavungshandel; 1884/85 fand in Berlin die sogenannte Kongo-Konferenz statt, auf der die koloniale Aufteilung Afrikas konsolidiert wurde; in der Folge eignete sich das Deutsche Reich Kolonien in Afrika, China und im pazifischen Raum an und avancierte zum drittgrößten Kolonialreich der Welt. In Berlin wurden Bewohner*innen der Kolonien in sogenannten »Völkerschauen« vorgeführt; die Museen eigneten sich Artefakte und sterbliche Überreste von Menschen aus den Kolonien an; die Friedrich-Wilhelm-Universität (heute Humboldt-Universität) unterstützte die Kolonialpolitik mit entsprechenden Forschungen.

Berlin war aber auch ein Ort des antikolonialen Widerstands. Politische Würdenträger aus den Kolonien reisten in die Reichshauptstadt, um mit Petitionen gegen Gewalt und Rechtlosigkeit und für Freiheit und Selbstbestimmung einzutreten. Zur Zeit der Weimarer Republik waren in Berlin zahlreiche Vereine aktiv, die von Kolonialmigrant*innen gegründet worden waren, um für ihre Rechte und gegen Diskriminierung zu kämpfen.

Nicht zuletzt stellen Menschen mit familiären Wurzeln in ehemals von Deutschland kolonisierten Ländern heute einen integralen Teil der Berliner Stadtgesellschaft dar. Kolonialismus erinnern heißt daher, einen unverzichtbaren Beitrag zu einer lebendigen Erinnerungskultur Berlins zu leisten. Nicht allein die Entwicklung eines zentralen Gedenkortes der Kolonialvergangenheit Berlins, wie er 2023 im Koalitionsvertrag von CDU und SPD vereinbart worden ist, auch die Konzeption einer dezentralen Erinnerungslandschaft zur kolonialen Vergangenheit bilden unverzichtbare Forderungen des gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts – ebenso wie die Einrichtung dauerhafter Strukturen zur Förderung und Erhaltung dieser Erinnerungsaktivitäten. Hier können die Expertisen aus den vielfältigen Institutionen und Gedenkstätten Berlins zur Erinnerung an Nationalsozialismus und SED-Diktatur eine wichtige Unterstützung bilden, zumal die Geschichte des Kolonialismus eng mit der mörderischen Kolonialpolitik des NS-Regimes in Osteuropa verflochten ist und auch in der DDR-Politik gegenüber den ehemals von Deutschland kolonisierten Ländern, insbesondere in Afrika, nachwirkte.

Das vorliegende gesamtstädtische Erinnerungskonzept »Kolonialismus erinnern« nimmt all diese Dimensionen der Berliner Kolonialgeschichte in ausgezeichneter Form auf und unterbreitet eine überzeugende Fülle von Ideen und Vorschlägen, um die Lücke, die die Erinnerung an die Kolonialgeschichte Berlins zurzeit noch darstellt, zu schließen. Diese Bemühungen finden unsere ausdrückliche Zustimmung und Unterstützung.

Der Historische Beirat bei der Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

VORWORT DER AKTEUR*INNEN

Das vorliegende Erinnerungskonzept Kolonialismus ist das Ergebnis intensiver Zusammenarbeit zahlreicher engagierter Menschen und Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Praxis. Stimmen, Erfahrungen und Perspektiven dieser Akteur*innen wurden zusammengetragen, um ein Fundament für einen kritischen, vielfältigen und gerechten Umgang mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands zu schaffen.

In den vergangenen Jahren wurden auf Initiative von überwiegend zivilgesellschaftlichen Akteur*innen Stadtmarkierungen und Zeichen für die Erinnerung an koloniale Geschichte und Widerstand in Berlin gesetzt. Zu diesen zählen unter anderem Stolpersteine, die an Schwarze Menschen erinnern, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden und deren Biografien sich von der deutschen Kolonialzeit bis zur Weimarer Republik erstrecken – wie die von Zoya Gertrud Aqua Kaufmann oder Erika Diek. Darüber hinaus wurden Berliner Gedenktafeln für wichtige Schwarze Persönlichkeiten der Stadtgeschichte angebracht, etwa für den Schauspieler und Aktivisten Louis Brody oder den Soziologen und Menschenrechtler W.E.B. Du Bois sowie für Mohamed Helmy, der während des NS-Regimes jüdischen Menschen in Berlin das Überleben ermöglichte. Zu weiteren Beispielen gehören die Gedenktafel für José Rizal, den philippinischen Kritiker des Kolonialismus, das »Dekoloniale Denkzeichen« im Berlin Global Village, die Friedensstatue sowie verschiedene Informations- und Gedenkstelen – darunter am May-Ayim-Ufer, im Afrikanischen Viertel, vor dem ehemaligen Reichskolonialamt, am Standort des früheren Königlichen Völkerkundemuseums und vor dem einstigen »Afrika-Haus« der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Diese Erinnerungszeichen sind sichtbare Belege für das Engagement der Zivilgesellschaft. Sie zeigen, dass Erinnerung an Kolonialismus und Widerstand längst ein gemeinsam gelebtes und von vielen Akteur*innen unserer Gesellschaft getragenes Anliegen ist.

Kolonialismus ist nicht Geschichte allein, seine Folgen wirken bis heute fort: in gesellschaftlichen Ungleichheiten, in strukturellem Rassismus und in nationalen sowie globalen Machtverhältnissen. Das Erinnerungskonzept Kolonialismus versteht sich daher nicht nur als wesentlicher Beitrag zur Erinnerung, sondern auch als besonderer Auftrag zur Veränderung.

Mit unserer Beteiligung möchten wir sicherstellen, dass die Stimmen von Betroffenen, Nachfahr*innen Kolonisierter sowie migrantisch-diasporischen Communities gehört und sichtbar werden. Erinnerung geht nicht von Institutionen aus. Sie ist Teil von Individuen wie Communities, ist Gegenstand und Ergebnis von Forschung und Aushandlung. Sie muss daher gemeinsam mit denjenigen gestaltet werden, die von den kolonialen Kontinuitäten betroffen sind. Institutionen begleiten diese Prozesse und fördern sie, indem sie eine strukturelle Stabilität bieten, Erinnerungen zu sammeln, zu reflektieren und in die Gesellschaft hinein zu vermitteln.

Wir begreifen dieses Konzept als einen wichtigen Schritt hin zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit, zu einer inklusiven Erinnerungskultur und zu einer Zukunft, die auf Gerechtigkeit, Respekt, Solidarität und Verantwortung gründet.

*Die Akteur*innen*

9 Warum dieses Konzept?
14 Was meint »deutscher Kolonialismus«?
22 Der Weg zum Konzept
Der Auftrag
Die Arbeitsstruktur
Die Akteur*innen
Leitfragen und Erfordernisse
35 Die Forderungen
Der zentrale Lern- und Erinnerungsort
Eine dezentrale Erinnerungslandschaft
Etablierung dauerhafter Strukturen
Weitere Forderungen
51 Arbeitsgrundsätze für eine plurale und inklusive Kolonialismus-Erinnerung
55 Schlussgedanke

2022 Kick-Off-Veranstaltung des Erinnerungskonzepts im Deutschen Technikmuseum in Berlin.

WARUM DIESES

KONZEPT?

Berlin ist auf vielfältige Weise mit der Geschichte des deutschen Kolonialismus verbunden.

Als Hauptstadt des deutschen Kaiserreichs war Berlin auch Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und damit Sitz von politischen Institutionen wie des Reichskolonialamts, in denen über koloniale Politik diskutiert und entschieden wurde.

Hier tagte 1884/85 die sogenannte Westafrika-Konferenz – auch als Berliner Konferenz bezeichnet, die die koloniale Aufteilung des afrikanischen Kontinents konsolidierte.

In Berlin entstanden wissenschaftliche Einrichtungen wie das Institut für Infektionskrankheiten (heute: Robert Koch-Institut) oder das Institut für Orientalische Sprachen an der Friedrich-Wilhelms-Universität (heute: Humboldt-Universität), an denen zahlreiche Menschen das koloniale Projekt mit ihrer Forschung und Lehre stützten.

Berlin war bereits damals ein bedeutender Kulturstandort und damit auch Bühne für populäre koloniale Unterhaltungsformate wie die sogenannten »Völkerschauen«.

Berliner*innen konnten in Lebensmittelläden Produkte aus deutschen und anderen europäischen Kolonien erwerben, etwa in den Geschäften der »Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Halleschen Torbezirk zu Berlin« (kurz: E.d.K, später: EDEKA).

Nicht zuletzt war Berlin auch Lebensmittelpunkt und Heimat für zahlreiche, aus den Kolonien zugezogene Personen, von denen sich einige hier vor Ort aktiv gegen koloniale Unterdrückung und rassistische Ausgrenzung engagierten.

Trotz dieser umfangreichen Verbindungen sind die Spuren, die der Kolonialismus in Berlins Stadtraum und Geschichte hinterlassen hat, weitgehend unmarkiert geblieben. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden – angeregt und häufig getragen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen[1] – wichtige Schritte unternommen, um Kolonialismus-Geschichte in Berlin mehr und mehr in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen. Stadtrundgänge machten Berliner*innen auf Schauplätze kolonialer Politik und Unterhaltungskultur aufmerksam. In den Debatten um Straßennamen wurden Verantwortliche für koloniale Verbrechen und Entscheidungsträger, die als Namenspaten dienten, problematisiert und zugleich antikoloniale Akteur*innen und ihre Geschichte vorgestellt. Ausstellungen, die im Ergebnis von Kooperationen aus Zivilgesellschaft und Berliner Museen entstanden sind, widmeten sich unterschiedlichen Aspekten der Berliner Kolonialgeschichte.

Nichtsdestotrotz blieben diese Beschäftigungen in der Regel punktuell und temporär. Ein nachhaltiges Informationsangebot zu den vielschichtigen Verbindungen und Spannungsfeldern von Kolonialismus- und Stadtgeschichte fehlt bisher gänzlich.

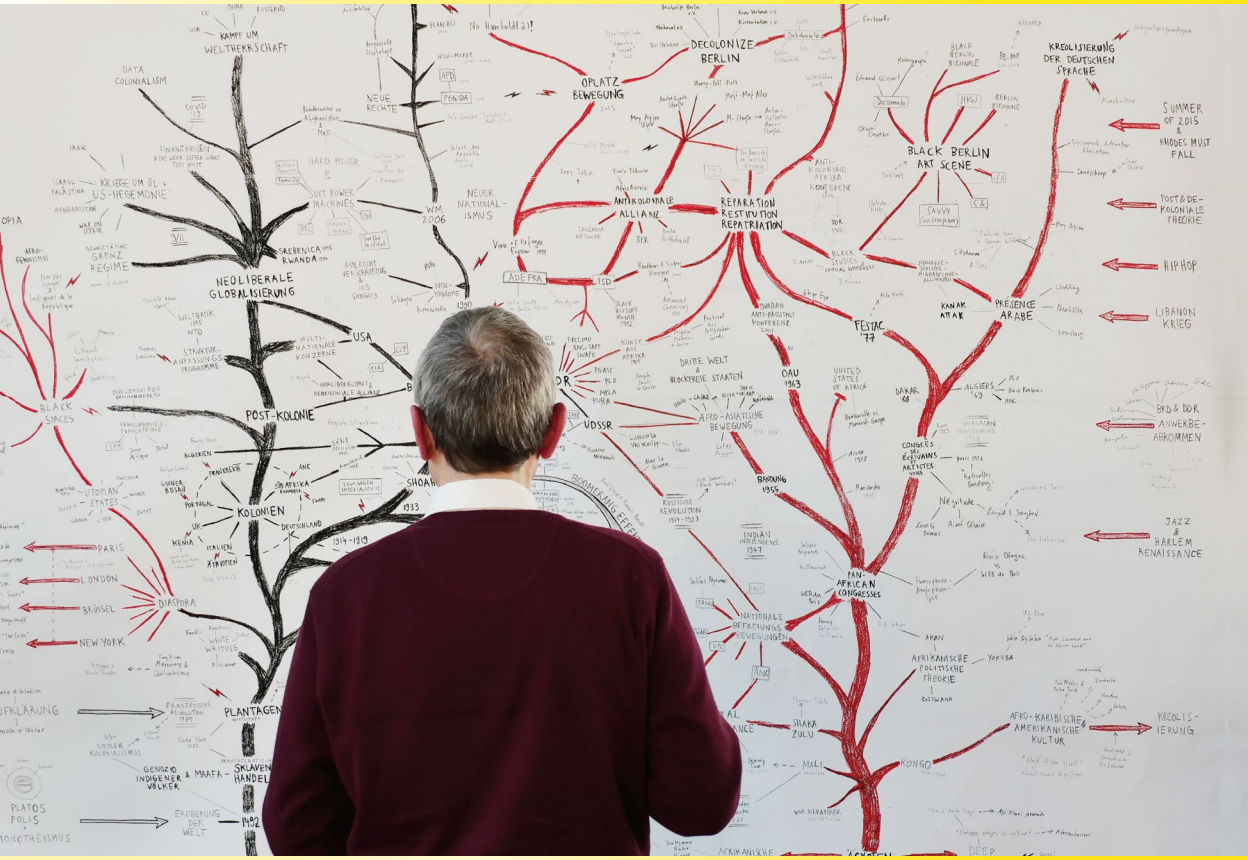
Diese Lücke war einer der Ausgangspunkte für den Antrag »Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit« (DS 18/1788), dem das Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr 2019 zustimmte.

1 Wenn hier und im Folgenden von Zivilgesellschaft die Rede ist, dann meinen wir zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die seit langem im Themenfeld Aufarbeitung des Kolonialismus und Kolonialismus-Erinnerung arbeiten, die sich rassismus- und diskriminierungskritisch positionieren und die sich für eine offene, plurale, inklusive und diverse demokratische Gesellschaft einsetzen. Einen großen Anteil an diesem zivilgesellschaftlichen Engagement hatten und haben migrantische und diasporische BIPoC-Communities. Die Abkürzung BIPoC ist eine solidarische Selbstbezeichnung rassismuserfahrener Menschen und steht für Black / Indigenous / People of Color.

Das Abgeordnetenhaus beschloss damit die Entwicklung von Konzepten zur Aufarbeitung und Erinnerung der kolonialen Vergangenheit Berlins. Ergänzend zum Aufarbeitungskonzept bei Decolonize Berlin e.V. entstand auf der Grundlage des Antrags das vorliegende gesamtstädtische Erinnerungskonzept »Kolonialismus erinnern«. Es formuliert Bedarfe, Arbeitsgrundsätze und Forderungen für:

- das Entwickeln eines zentralen Erinnerungsortes zum Kolonialismus in Berlin
- das Entwickeln und Erhalten einer dezentral organisierten Erinnerungslandschaft zur kolonialen Vergangenheit und Gegenwart in Berlin
- das Entwickeln von dauerhaften Strukturen zur Förderung der Erinnerung an den Kolonialismus in Berlin und in Deutschland
- eine allgemeine erinnerungspolitische Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus in Berlin

Doch dieses Konzept allein reicht nicht aus. Um den Forderungen der seit vielen Jahren zu Kolonialismus arbeitenden Zivilgesellschaft gerecht zu werden, müssen in den kommenden Monaten und Jahren konkrete erinnerungspolitische Maßnahmen auf Basis dieser Forderungen angestoßen und verwirklicht werden – im Arbeitsbereich der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und darüber hinaus.



2023 Präsentation des Zwischenstands des Erinnerungskonzepts an der Akademie der Künste in Berlin.

WAS MEINT

»DEUTSCHER KOLONIA-LISMUS«?

Das Konzept »Kolonialismus erinnern« geht von einem Verständnis von Kolonialismus aus, welches das Phänomen in drei Dimensionen begreift:

1. **Die Zeit der formalen deutschen Kolonialherrschaften auf dem afrikanischen Kontinent, in Asien und im Pazifik.** Die Annexion außereuropäischer Gebiete durch das Deutsche Reich begann im Jahr 1884. Flächenmäßig verfügte Deutschland (im Jahr 1914) über das drittgrößte Kolonialreich der Welt. Es umfasste Teile der heutigen afrikanischen Staaten Burundi, Gabun, Ghana, Kamerun, Namibia, Nigeria, der Republik Kongo, Ruanda, Tansania, Togo, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, außerdem Teile der Volksrepublik China sowie den nördlichen Teil Papua-Neuguineas und die Inselstaaten der Marshallinseln, Marianen, Mikronesien, Palau, Nauru und Samoa im Pazifik. Die deutsche Kolonialherrschaft wurde in den jeweiligen Territorien auf sehr unterschiedliche Weise ausgeübt und brachte jeweils eigene Konsequenzen mit sich, die es differenziert zu kontextualisieren und zugleich zusammenzudenken gilt. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags musste Deutschland 1919 seine Kolonien an andere europäische Kolonialmächte abtreten.

2 **Protokoloniale Bestrebungen** deutscher Staaten und Akteure vor 1884: Hier ist vor allem die Rolle Berlins als kurfürstlich-königliche Residenz relevant. Mit der Stadt verbindet sich die Teilnahme von Brandenburg-Preußen am Kolonial- und Versklavungshandel, etwa über den Aufbau der Kolonie »Groß Friedrichsburg« mit mehreren befestigten Niederlassungen an der Küste des heutigen Ghana sowie über die Pacht eines Marktes zum Verkauf von versklavten Menschen auf der karibischen Insel St. Thomas. Berlin steht dabei beispielhaft für die aktive und beziehungsreiche Einbindung zahlreicher deutscher Staaten und Herzogtümer, aber auch christlicher Missionen in den europäischen Kolonialismus. Deren protokoloniale Verbindungen bestehen beispielsweise auch ins Baltikum, nach Südamerika oder Grönland. Die Einbindung dieser bislang eher randständig betrachteten Kolonialbestrebungen kann dazu beitragen, den deutschen Kolonialismus in seiner Komplexität zu verstehen und Aufmerksamkeit auf seine Durchdringung einer Vielzahl von Zeiten, Räumen und Lebensbereichen zu lenken.

3 **Nachwirkungen von Politiken sowie von Denk- und Wahrnehmungsmustern des deutschen Kolonialismus,** die sich etwa in den kolonialrevisionistischen Bewegungen in der Weimarer Republik (»Kolonialismus ohne Kolonien«), aber auch in der nationalsozialistischen Neuausrichtung der kolonialen Bestrebungen im Zuge der sogenannten »Ostraumpolitik« propagandistisch und handlungspolitisch weiträumig entfalteten. In den Blick zu nehmen sind darüber hinaus die erinnerungspolitischen Leerstellen beider deutscher Nachkriegsstaaten, die es – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen – sowohl in der BRD als auch in der DDR und schließlich im vereinigten Deutschland lange Zeit erschwert haben, den deutschen Kolonialismus aufzuarbeiten und eine kritische gesellschaftliche Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten zu führen.

Für das vorliegende Konzept sind fünf Aspekte des Kolonialismus grundlegend:

1 **Kolonialismus als Unrechtssystem**

In den vom Deutschen Reich errichteten Kolonien kam ein Herrschaftssystem zur Anwendung, das auf systematisch etabliertem Unrecht basierte. Dazu gehörte die gezielte Entrechtung der jeweiligen lokalen Bevölkerungen. Zentral waren hier ein eigens erlassenes Kolonialrecht mit einer entsprechenden Kolonialgerichtsbarkeit. Mit dem sogenannten »Schutzgebietsgesetz« von 1886 wurden innerhalb deutscher Kolonien zwei getrennte Rechtsbereiche geschaffen: Während für weiße Deutsche sowie für weiße Angehörige anderer Kolonialmächte das deutsche Recht galt, wurden lokale Bevölkerungen einer Gesetzbarkeit unterworfen, die keine Staatsbürgerrechte vorsah, in der es kein Recht auf demokratische Vertretung oder Mitbestimmung gab und die keine Form von Rechtssicherheit bereitstellte. Diese Entrechtung ermöglichte es kolonialen Akteur*innen, die Bevölkerungen lokaler Gesellschaften zu enteignen, ihre Kulturen und Glaubenssysteme zu zerstören, ihre Arbeitskraft gegen geringe Entlohnung oder im Kontext von Zwangsarbeit auszubeuten, sie zu misshandeln, medizinischen Experimenten zu unterziehen oder sogar zu töten – ohne nennenswerte Sanktionen fürchten zu müssen.

Diesen systematischen Aspekt von Entrechtung muss eine Auseinandersetzungs- und Erinnerungspraxis differenziert in den Blick nehmen.

2 Kolonialismus und Gewalt

Der Völkermord an den Herero und Nama (1904–1908) ist der erste anerkannte Genozid des 20. Jahrhunderts. Weniger bekannt ist der ebenfalls genozidale Maji-Maji-Krieg (1905–1907), im Zuge dessen mehrere hunderttausend Menschen ermordet wurden. Seit Jahrzehnten engagieren sich zivilgesellschaftliche Akteur*innen, wie das bundesweite Bündnis »Völkermord verjährt nicht!«, für eine offizielle Anerkennung des Genozids an den Herero und Nama durch die Bundesregierung, für eine deutsche Bitte um Entschuldigung gegenüber den Nachfahr*innen der Opfer und für Verhandlungen über Reparationen für das begangene Unrecht. Die Bundesregierung hat im Jahr 2021 den Kolonialkrieg lediglich als »Völkermord aus heutiger Sicht« anerkannt, um die Entschädigungsansprüche der Herero und Nama – mit dem Hinweis auf den Anfang des 20. Jahrhunderts noch nicht geltende UN-Völkermordkonvention – weiterhin abwehren zu können. Eine über mehrere Jahre hinweg erarbeitete »Gemeinsame Erklärung« der Regierungen von Namibia und Deutschland wurde unter Ausschluss unabhängiger Herero- und Namaverbände verfasst und ist bis heute nicht durch das namibische Parlament ratifiziert worden.

Vor diesem Hintergrund ist eine weiterführende und vor allem multiperspektivische Auseinandersetzung mit der Geschichte einer exzessiven, systematisch ausgeübten kolonialen Gewalt und ihren weitreichenden Folgen vonnöten.

Das europäische – und mithin auch das deutsche – koloniale Projekt beruhte zu allen Zeiten auf der Ausübung von Gewalt in kolonisierten Gebieten und an kolonisierten Menschen. Um die Komplexität und Illegitimität des kolonialen Unrechtssystems herauszustellen, braucht es zweierlei: Zum einen ist es unerlässlich, den Massenmord an widerständigen Gemeinschaften als zentrales Mittel des kolonialen Machterhalts zu thematisieren. Zum anderen ist es wichtig, auf die »alltäglicheren« Formen von Gewalt hinzuweisen, die konstitutiver Teil kolonialer Herrschaft waren.

Eine solche differenzierte Betrachtung von kolonialer Gewalt erlaubt es, sowohl ihre omnipräsente Dimension als auch eine damit zusammenhängende Geschichte des antikolonialen Widerstands herauszuarbeiten.

3 Kolonialismus und Widerstand

Die Geschichte des Kolonialismus – in den kolonisierten Gebieten und in Berlin – ist immer auch eine Geschichte von Antikolonialismus und Widerstand. Diese widerständigen Bestrebungen hatten unterschiedliche Formen und aktivistische Ausrichtungen. Anfang des 20. Jahrhunderts etwa reisten mehrmals lokale politische Würdenträger*innen aus den Kolonien nach Berlin, um mit Petitionen und bei Audienzen beim Kaiser gegen die Verhältnisse in ihren Heimatländern zu protestieren. Teil dieser Petitionsbewegungen war auch Friedrich Maharero, Mitglied einer führenden Familie der Herero, der 1896 nach Berlin kam, um bei Wilhelm II. vorzusprechen und diplomatische Beziehungen aufzubauen – acht Jahre vor dem Ausbrechen der Aufstände gegen die deutsche Besatzungspolitik und dem darauffolgenden, von den deutschen Kolonialtruppen verübten Völkermord an den Herero und Nama.

In der Weimarer Republik entwickelte sich die Stadt zu einem wichtigen Treffpunkt für antikoloniale und anti-imperialistische Aktivist*innen aus der ganzen Welt. Zu den verschiedenen Vereinen, die in dieser Zeit von Kolonialmigrant*innen gegründet wurden, gehörte beispielsweise die 1929 ins Leben gerufene deutsche Ortsgruppe der von Frankreich aus operierenden *Ligue de défense de la race noire.*[2]

Prominente, politisch aktive Bewohner*innen und Besucher*innen Berlins aus dieser Zeit waren beispielsweise die kamerunische Aktivistin Maria Mandessi Bell, die ägyptische Philanthropin, Feministin und Frauenrechtlerin Huda Sha‘rawi, die chinesische Schriftstellerin und Soldatin Hu Lanqi, der indische Philosoph und Revolutionär Manabendra Nath Roy, der indische antikoloniale Aktivist Virendranath Chattophadyaya (Chatto), der kamerunische Ingenieur und Panafrikanist Joseph Ekwe Bilé, der Arbeiterführer und spätere chinesische Premier Zhou Enlai oder der deutsche Kommunist und Gründer der Liga gegen Imperialismus, Willi Münzenberg.

[2] Der historische Name der Organisation wurde im Text an die dekoloniale Gegenwart angepasst. Dass Schwarzen Menschen und anderen People of Color zu jener Zeit vor allem problematische Begrifflichkeiten zur Verfügung standen, um sich selbst zu bezeichnen, ist ein wichtiger Punkt dieser Entscheidung. Auch wenn diese Begriffe damals partiell angeeignet und in einem widerständigen Sinne verwendet wurden, vermeiden wir ihre Reproduktion und greifen auf eine aktuelle Selbstbezeichnung zurück.

Gerade für Menschen, die negativ von den Folgen des Kolonialismus betroffen sind und sich heute gegen Rassismus einsetzen, ist es wichtig hervorzuheben, dass Berlin als ehemalige Reichshauptstadt nicht nur ein Ausgangspunkt für die Durchsetzung kolonialer Herrschaft war, sondern sich auch zu einem wichtigen Knotenpunkt und Schauplatz des antikolonialen Widerstands entwickelte und heute noch als solcher besteht.

Eine Erinnerungspraxis zur Kolonialgeschichte muss diese Mehrdimensionalität in ihrer Gleichzeitigkeit und ihren ambivalenten Spuren differenziert herausarbeiten und erfahrbar machen.

4 Kolonialismus und Rassismus

Eine weitere wesentliche Grundlage für eine reflektierte dekolonisierende Erinnerungsarbeit ist die wissens- und wissenschaftskritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Rassismus im 19. und 20. Jahrhundert. Die (pseudo)wissenschaftliche Konstruktion und Hierarchisierung von »Rassen« ist nicht nur ein maßgebliches Element zur Legitimation kolonialer Eroberung und der Abwertung und Verdinglichung von Menschen kolonisierter Gesellschaften; sie ist auch ein Schlüssel zum Verständnis kolonialer Kontinuitäten in der Gegenwart.

Das koloniale Erbe manifestiert sich in der Gegenwart damit nicht allein in gestohlenen Kulturgütern oder rassistisch strukturierten Wissensarchiven, sondern auch in politischen und wirtschaftlichen Dimensionen, in kolonialistisch geformten Denkweisen und kulturellen Handlungen sowie nicht zuletzt auch auf der Ebene des Zwischenstaatlichen und Zwischenmenschlichen – und dies sowohl in ehemals kolonisierten als auch in ehemals kolonisierenden Gesellschaften. Hier sprechen wir von einer Kolonialität der Gegenwart.

Die Aufgabe einer zukünftigen Erinnerungspraxis zum Kolonialismus muss deshalb darin bestehen, das Spannungs- und Beziehungsverhältnis von Kolonialismus und Rassismus dezidiert herauszuarbeiten, historische Kontinuitäten und mehrdimensionale Effekte in Geschichte und Gegenwart in den Blick zu rücken und dabei die gelebten Erfahrungen und das emotionale Wissen von rassismus- und kolonialismuserfahrenen Communities und Gesellschaften zu zentrieren.

5 Kolonialismus und die koloniale »Metropole«

Kolonialismus war kein ausschließlich »überseeisches« Phänomen. Die geschichtswissenschaftliche Forschung der letzten Jahrzehnte hat eindrücklich gezeigt, dass koloniale Projekte auch zahlreiche Rückwirkungen auf die sogenannten kolonialen »Mutterländer« oder »Metropolen« hatten. Damit wirkte Deutschlands koloniale Praxis auch in die Hauptstadt Berlin, in die Stadtgesellschaft und in die deutsche Gesellschaft insgesamt hinein.

Im Reichstag wurden hitzige Debatten über die Finanzierung von kolonialen Kriegen geführt, die auch von den Tageszeitungen verfolgt wurden. Tee, Kaffee, Zucker und viele sogenannte »Kolonialwaren« wurden in die »metropolitane« Konsumkultur integriert. In Shows mit exotisierten Darsteller*innen und Artist*innen, die im Rahmen der ersten Berliner Kolonialausstellung im Treptower Park 1896, aber auch im Zoologischen Garten oder im Zirkus stattfanden, wurde den Berliner*innen eine kulturelle Ordnung präsentiert, die den rassistischen Hierarchien der kolonialen Ideologie entsprach.

Im Berliner Stadtraum lassen sich entsprechend viele Spuren des Kolonialismus finden. Dekolonisierende Erzählungen sollten diese Spuren zum Ausgangspunkt nehmen, um ihnen zu folgen und ihren Auswirkungen in Sprache, Kunst, Kultur, Architektur, Bildung, Wissenschaft und Technik sowie menschlicher Lebenspraxis und -ethik konsequent nachzuspüren.

DER WEG ZUM KONZEPT

DER AUFTRAG
DIE ARBEITSSTRUKTUR
DIE AKTEUR*INNEN
LEITFRAGEN UND ERFORDERNISSE

2023 Präsentation des Zwischenstands des Erinnerungskonzepts an der Akademie der Künste in Berlin.

DER AUFTRAG

Im Jahr 2019 stimmte das Berliner Abgeordnetenhaus dem Antrag »Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit« (DS 18/1788) zu, mit dem die Entwicklung des hier vorliegenden gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts auf den Weg gebracht wurde. Im Antrag heißt es:

Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Der Senat wird aufgefordert, ein gesamtstädtisches Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept zu entwickeln, das Berlins Rolle und historischer Verantwortung als ehemalige Hauptstadt des Deutschen Kaiserreichs im Zeitalter des deutschen und europäischen Kolonialismus und Imperialismus gerecht wird.

Das Ziel eines solchen Konzepts soll zum einen sein, die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des mit Berlin verbundenen Kolonialismus zu intensivieren, das Thema in Wissenschaft und Bildung zu verankern, zur Versöhnung beizutragen und würdige Formen des Erinnerns zu entwickeln. Zum anderen sollen in dem Konzept auch die Spuren und Nachwirkungen berücksichtigt werden, welche die koloniale Vergangenheit in Berlin und in den ehemaligen deutschen Kolonien bis in die Gegenwart hinterlassen hat.

Dazu gehört eine angemessene Würdigung aller Opfer deutscher Kolonialkriege und Kolonialverbrechen. Ein besonderer Stellenwert muss dabei Berlins Gedenken an den deutschen Völkermord an den Herero und Nama von 1904 bis 1908 auf dem Gebiet des heutigen Namibia zukommen. Vor diesem Hintergrund fordert das Abgeordnetenhaus von Berlin die Bundesregierung dazu auf, den Völkermord an den Herero und Nama anzuerkennen.

Das zu erstellende Konzept soll die ganze Stadt in den Blick nehmen und in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Zivilgesellschaft ressortübergreifend erarbeitet werden. Dabei ist insbesondere die Expertise und Perspektive von Vertreter*innen und Berliner Communities aus Ländern mit deutscher Kolonialvergangenheit, von städtischen Initiativen und Projekten, die im Bereich Dekolonisierung und Globales Lernen aus der Geschichte engagiert sind, sowie von relevanten Akteur*innen aus der Wissenschaftslandschaft einzubeziehen. Gleiches gilt für die Bezirke, insbesondere jene, in denen schon Erfahrungen mit (post-)kolonialer Erinnerungsarbeit vorliegen, und jene, in denen viele koloniale Spuren zu finden sind.

Auf diesen Antrag hin wurden zwei Aufträge vergeben: das Aufarbeitungskonzept, erarbeitet von Decolonize Berlin e.V. und gefördert von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, sowie das Erinnerungskonzept, erarbeitet vom Team »Erinnerungskonzept Kolonialismus« an der Stiftung Stadtmuseum Berlin und gefördert von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das vom Team »Erinnerungskonzept Kolonialismus« erarbeitete Konzept behandelte dabei insbesondere folgende Aspekte aus dem Gesamtauftrag:

- Maßnahmen für eine sichtbare Erinnerung im öffentlichen Raum. Dabei ist von jenen Orten auszugehen, die Spuren der deutschen Kolonialvergangenheit aufweisen bzw. an denen bereits heute daran erinnert wird. Sie sind in ein gesamtstädtisches Konzept einzubetten,
- Partizipation der Öffentlichkeit und Einbeziehung von Vertreter*innen aus ehemals von Deutschland kolonisierten Ländern, von (migrantischen) Selbstorganisationen von Communities aus entsprechenden Ländern, von Berliner Organisationen mit dekolonialer Ausrichtung, von wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen sowie der Bezirke,
- Vorschläge für die Entwicklung einer zentralen Gedenkstätte hinsichtlich der Anerkennung, Aufarbeitung und Erinnerung deutscher Kolonialverbrechen wie dem Völkermord an den Herero und Nama, die gemeinsam mit dem Bund als Lern- und Erinnerungsort konzipiert werden soll.

DIE ARBEITSSTRUKTUR

In Folge des Beschlusses des Abgeordnetenhauses standen 2020 im Land Berlin erstmals Haushaltsmittel für die Erinnerung und Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus zur Verfügung. Seitdem konnten verschiedene Maßnahmen umgesetzt werden, die direkt und indirekt auch für die Erarbeitung des hier vorliegenden Konzepts produktiv waren:

- Das Team »Erinnerungskonzept Kolonialismus«, eingerichtet 2022 an der Stiftung Stadtmuseum Berlin: Das Team hat die Prozesse um das hier vorliegende, auf erinnerungskulturelle Maßnahmen zielende Erinnerungskonzept moderiert. Seit 2024 entwickelt sich das Team zu einer Geschäftsstelle weiter, die perspektivisch an der Einrichtung eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes Kolonialismus arbeitet. Das Konzept für diesen Ort soll auf den Erkenntnissen und Arbeitsstrukturen aufbauen, die im Zuge der Erstellung des vorliegenden Konzeptes entstanden und nutzbar gemacht worden sind. Es stellt darüber hinaus eine Weiterentwicklung und integrale Ergänzung desselben dar.

- Die »Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit«, eingerichtet im Mai 2020 beim zivilgesellschaftlichen Akteur Decolonize Berlin e.V.: In Abgrenzung zur Arbeit am Erinnerungskonzept erarbeitet die Koordinierungsstelle mit dem Aufarbeitungskonzept einen ressortübergreifenden Maßnahmenkatalog, der das Ziel einer Dekolonisierung in Berlin verfolgt. Der Maßnahmenkatalog sollte insbesondere die Bereiche Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Kultur und internationale Beziehungen umfassen. Die erarbeiteten Maßnahmen und Forderungen aus dem zweijährigen Beteiligungsprozess sind 2023 in eine Senatsvorlage eingeflossen. Derzeit wird die Umsetzung der Maßnahmen begleitet.
- Das Modellprojekt »Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt« (2020-2024), gefördert vom Land Berlin und der Kulturstiftung des Bundes: Die Arbeit des Projekts zielte darauf, die Vergangenheit und Gegenwart des (Anti-)Kolonialen in Berlin, im Bundesgebiet und in Ländern mit einer kolonialen Beziehungsgeschichte zu Deutschland zu erforschen und sichtbar werden zu lassen. Das Projekt, das Formate wie Festivals, Mappings, Ausstellungen, Performances und Tagungen umfasste, wurde von einem Verbund aus zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt und getragen. Beteiligt waren die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland – ISD Bund e.V., Each One Teach One – EOTO e.V., Berlin Postkolonial e.V. sowie die Stiftung Stadtmuseum Berlin.
- Weitere Pilotprojekte fanden an den Landesmuseen Brücke-Museum, Stadtmuseum Berlin und dem Deutschen Technikmuseum statt, die sich mit kolonialen Verstrickungen der jeweiligen Sammlungen befassten.
- Um abseits der großen geförderten Institutionen auch gezielt dezentrale Vorhaben zur Aufarbeitung des Kolonialismus zu unterstützen, wurde der »Projektfonds zur Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte« der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt um zusätzliche Mittel aufgestockt. Darüber hinaus wurde für die Verankerung der Aufarbeitung des Kolonialismus in den Berliner Bezirken der Bezirkskulturfonds mit

Sondermitteln für die Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte ergänzt. Seit 2020 wird es bezirklichen Akteur*innen dadurch ermöglicht, Projekte zur bezirklichen Kolonialgeschichte zu realisieren.

- In der Stiftung Stadtmuseum Berlin wurde die »Kompetenzstelle DeKolonisierung« eingerichtet, die auch mit dem Projekt »Dekoloniale« verbunden ist. Sie nahm 2022 ihre Arbeit auf. Die Kompetenzstelle entwickelt und erprobt Konzepte dekolonialer Museumspraxis. Sie ist Anlaufstelle insbesondere für die landesgeförderten Berliner Museen und Plattform für die Vernetzung der Berliner Museen mit dekolonialen Akteur*innen aus Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft in Berlin und über die Stadtgrenzen hinaus.

DIE AKTEUR*INNEN

Seit mehr als drei Jahrzehnten engagieren sich Vereine, Initiativen und Community-Gruppen für die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus im gesellschaftspolitischen Diskurs der Stadt. Ihre Perspektiven und Expertisen in die Erarbeitung des vorliegenden Konzepts einzubinden, war deshalb ein Kernanliegen. Die Erarbeitung des Erinnerungskonzepts »Kolonialismus erinnern« erfolgte in einem komplexen Prozess aus Konsultation, Koordination und Partizipation.

Koordiniert wurde der Prozess von Dr. Ibou Coulibaly Diop und dem Team »Erinnerungskonzept Kolonialismus«. Unterstützt wurde der Prozess durch:

- die »Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit« und Decolonize Berlin e.V.
- das Modellprojekt »Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt«
- weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter ADEFRA e.V. – Schwarze Frauen* in Deutschland, Afrika-Rat Berlin Brandenburg e.V., Korea Verband e.V. und korientation e.V.

Zentraler Bestandteil des Arbeitsprozesses war der Einbezug von weiteren Akteur*innen der Berliner Zivilgesellschaft in Workshops und Arbeitsgruppen. In diesen arbeiteten migrantische und diasporische BIPoC-Organisationen, lokale wie internationale Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen und Alltagsexpert*innen von Februar 2022 bis Dezember 2023 an den Inhalten des Konzepts.

Weitere Überlegungen kamen von ausgewählten Expert*innen aus Forschung und Bildung, Kunst und Kultur. Dazu gehörten unter anderem: Prof. Dr. Maisha-Maureen Auma, Dr. Manuela Bauche, Dr. Max Czollek, Dr. Noa K. Ha, Dr. Darja Klingenberg, Talya Lubinsky, Dr. Moses März, Léonora Miano, Dr. Thomas Oberender, Sharon Dodua Otoo, Maresa Nzinga Pinto, Fogha Mc Cornilius Refem aka Wan wo Layir, Hildegard Titus, Sinthujan Varatharajah.

Schließlich wurde das Konzept mit dem Historischen Beirat bei der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt beraten und mit den zivilgesellschaftlich organisierten Akteur*innen abgestimmt.

Das hier vorliegende Konzept stellt ein Kondensat der verschiedenen Perspektiven, Überlegungen und Forderungen dar und fasst die Kernanliegen zusammen.

LEITFRAGEN UND ERFORDERNISSE

Die Arbeit am hier vorliegenden Konzept »Kolonialismus erinnern« verlief unter anderem in Workshops und Arbeitsgruppen, die von folgenden Leitfragen gerahmt wurden:

- Wie geht man mit der Diskrepanz um, dass Kolonialismus bisher kein integraler Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur ist, im kollektiven Gedächtnis vieler Communities aber einen zentralen Platz einnimmt? Welche Strategien, Maßnahmen und Orte der Auseinandersetzung, Dokumentation und Vermittlung braucht es?
- Welche Formate, Narrative und Orte lassen sich identifizieren, um die komplexen gegenwärtigen Effekte und Nachwirkungen des Kolonialismus zu diskutieren, die, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, für alle Menschen in Deutschland zum Alltag gehören und diesen prägen?
- Durch welche Formate, Narrative und Orte lässt sich Kolonialismus in seinen Bezügen zu anderen Unrechtsgeschichten aufarbeiten, und wie lassen sich – Stichwort: Kolonialität – Re/Konfigurationen kolonialer Denk- und Handlungsmuster in den verschiedenen politischen Systemen Deutschlands der Vergangenheit und Gegenwart benennen und problematisieren?

Im Folgenden werden die Bedingungen genannt, die dem von der Zivilgesellschaft erarbeiteten Konzept zugrunde lagen:

- Die mit der Auseinandersetzung und Aufarbeitung der kolonialen Geschichte verbundenen erinnerungspolitischen Maßnahmen sollen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und verflechtungsgeschichtlich sowie multiperspektivisch angelegt sein. Eine lebendige Erinnerungsarbeit muss im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine historische Urteilskraft und ein plurales Geschichtsbewusstsein fördern, um Prozesse der Gegenwart zu verstehen und im Hinblick auf die Zukunft demokratisch zu gestalten.
- Es bedarf der Entwicklung und Verwendung einer sensiblen Sprache und eines Vokabulars, das die Gewalt der kolonialen Vergangenheit angemessen reflektiert. Das ist eine wesentliche Grundbedingung für eine inklusive postkoloniale Erinnerungsarbeit. Realitäten der Sprache und des Sprechens können Gewalt und oppressive Denkstrukturen reproduzieren. Meist aufgezwungene, sogenannte »Verkehrssprachen« (linguae francae) behindern gerade in postkolonialen Kontexten oftmals noch heute die Artikulation von lokalen Perspektiven und die Ausformung eigenständiger Diskurse. So bleiben die unzähligen Wissensarchive und Erfahrungsbezüge ehemals kolonisierter Gesellschaften oft schwer zugänglich und kaum wahrnehmbar.

- Eine Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und seiner Geschichte muss den Anspruch erfüllen, Angebote für unterschiedliche Zielgruppen zu schaffen: für solche, die von den gegenwärtigen Effekten der kolonialen Vergangenheit betroffen sind; für solche, die bereits gut darüber informiert sind; und nicht zuletzt für solche, die sich mit dem Kolonialismus überhaupt noch nicht auseinandergesetzt haben. Es braucht zeitgemäße Formate und Methoden, die vorherrschendes Wissen hinterfragen und Sprache neu denken, die Prozesse des In-Beziehung-Tretens und der Solidarität befördern sowie der Diversität der Berliner Stadtgesellschaft gerecht werden.

- Eine plurale demokratische Erinnerungspraxis zur kolonialen Geschichte Berlins muss in der Lage sein, Archive zur Kolonialgeschichte, Institutionen der kolonialen Administration und wirtschaftliche Zusammenhänge in Verbindung zu bringen.
  Denn die Hervorhebung der Verbindungslinien erzählt viel darüber, wie unterschiedlichste Welten seit Jahrhunderten in einem oft gewaltsamen und daher schmerzvollen Verhältnis zueinanderstanden und bis heute stehen.

2024 Vorstellung des Erinnerungskonzepts im Haus der Kulturen der Welt (HKW) in Berlin.

DIE FORDERUNGEN

DER ZENTRALE LERN- UND ERINNERUNGSORT

EINE DEZENTRALE ERINNERUNGSLANDSCHAFT

ETABLIERUNG DAUERHAFTER STRUKTUREN

WEITERE FORDERUNGEN

Im Ergebnis des Partizipationsprozesses wurden von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen unterschiedliche Maßnahmen formuliert, die eine nachhaltige Auseinandersetzung mit der Kolonialvergangenheit befördern und sicherstellen sollen. Sie beziehen sich auf:

- einen zentralen Lern- und Erinnerungsort
- eine dezentrale Erinnerungslandschaft in Berlin
- die Etablierung von dauerhaften Strukturen
- weitere Forderungen in Bezug auf Kolonialismus-Erinnerung

Neu geschaffene Lern- und Erinnerungsorte sowie Stadtmarkierungen und Erinnerungszeichen sollen dafür sorgen, im Bereich der historisch-politischen Bildung Wissen über die deutsche Kolonialvergangenheit zu vermitteln. *Erinnerung braucht Orte.*

Neben der Wissensvermittlung soll Empathie mit den Opfern der Kolonialverbrechen gefördert werden – ähnlich wie bei den bestehenden Berliner Erinnerungsorten, die sich der Aufarbeitung der NS-Diktatur oder des SED-Regimes widmen. Bewährt hat sich dabei die Erforschung, Dokumentation und kontextuelle Einbettung von Einzel- und Familienbiografien sowie die Vermittlung lokaler Geschichten. Diese Geschichten deutschlandweit in Beziehung zu anderen Bundesländern, aber auch europaweit und kontinentübergreifend transnational zu denken, eröffnet produktive Perspektiven auf die Geschichte des Kolonialismus, seine Wirkweisen und Effekte, aber auch auf den Widerstand gegen ihn. Darüber hinaus fördert eine solche Herangehensweise die Wahrnehmung von individuellen und kollektiven Entscheidungs- und Handlungsfähigkeiten. *Erinnerung braucht Menschen.*

DER ZENTRALE LERN- UND ERINNERUNGSORT

Der breite Partizipationsprozess hat deutlich gemacht, dass alle relevanten, in Berlin ansässigen zivilgesellschaftlichen Vereine und Akteur*innen einen zentralen Lern- und Erinnerungsort bzw. ein Dokumentationszentrum fordern: zur Auseinandersetzung, Aufarbeitung, Dokumentation und Vermittlung des deutschen Kolonialismus.

Die Forderungen haben die Politik bereits erreicht. Im Koalitionsvertrag des Landes Berlin (2023–2026) heißt es dazu: »Die Koalition setzt die Entwicklung eines Gedenkorts der Kolonialvergangenheit Berlins fort«. Auch die aktuelle Bundesregierung kündigt an, dass im Kontext der Aufarbeitung des Kolonialismus ein »[b]esonderes Augenmerk [...] auf einem würdigen Erinnerungsort« liegen soll.

Da koloniale Täterschaft nie nur regional in Bezug auf Berlin, sondern immer auch darüber hinaus als gesamtstaatliches Verbrechen zu denken ist, ist die Zusammenarbeit mit dem Bund bei der Schaffung eines solchen zentralen Ortes unerlässlich.

Ein konkretisiertes Vorhaben existiert bislang nicht. Für die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bedeutet das, sich weiterhin für die Entwicklung und Umsetzung eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes einzusetzen und darauf zu drängen, an diesen Prozessen maßgeblich beteiligt zu werden. Ein zentraler Lern- und Erinnerungsort muss grundsätzlich partizipativ angelegt sein und:

- die Arbeit von Organisationen, Vereinen und NGOs sowie bereits etablierter, jährlich stattfindender Gedenkveranstaltungen institutionell unterstützen.
- eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den bereits seit vielen Jahren im Bereich arbeitenden Akteur*innen im Rahmen von Konsultationen und anderen demokratischen Beteiligungsprozessen sicherstellen.

Ein zentraler Lern- und Erinnerungsort muss einen demokratischen Bildungsauftrag erfüllen und:

- als Lernzentrum dienen, das kolonialismuskritisches und rassismussensibles Wissen durch Ausstellungen und multimediale Angebote sowie Formate politischer Bildung für alle zugänglich macht, auf ein diverses Publikum ausgerichtet ist und diesem gerecht wird, auch durch eine diskriminierungssensible Sprache.
- Möglichkeiten für wissenschaftliche Forschung durch die Integration einer Bibliothek und eines Archivs bieten.
- als Community-Center fungieren.
- zwischen Forschung und Bildung vermitteln und Räumlichkeiten für unterschiedliche Altersgruppen bereithalten.

Ein zentraler Lern- und Erinnerungsort soll in Berlins Mitte an einem historisch relevanten Standort entwickelt werden. Im Blick sind derzeit unter anderem:

- der Standort des ehemaligen Deutschen Kolonialmuseums an der Moltke-Brücke
- der Ort des ehemaligen sogenannten Königlichen Museums für Völkerkunde in Berlin-Kreuzberg
- das Areal rund um den Karpfenteich im Treptower Park, an dem die sogenannte »Völkerschau« der Ersten Deutschen Kolonialausstellung im Sommer 1896 stattfand.

Ein zentraler Lern- und Erinnerungsort muss Kooperationen eingehen mit

- Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen und Universitäten)
- Gedenkstätten und Erinnerungsorten, die zur Geschichte und Aufarbeitung der NS-Diktatur und des SED-Regimes arbeiten
- Museen, Archiven und Bibliotheken auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

EINE DEZENTRALE ERINNERUNGS-LANDSCHAFT

Der partizipative Entstehungsprozess des vorliegenden Erinnerungskonzeptes »Kolonialismus erinnern« hat deutlich gezeigt, dass das Ziel einer zeitgemäßen Erinnerungskultur nicht allein darin liegen kann, einen zentralen Erinnerungsort zur Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte zu schaffen. Vielmehr muss neben dem geplanten zentralen Bildungs- und Erinnerungsort ein dezentrales Erinnerungs-Netzwerk geschaffen werden. Ein solches Netzwerk muss bereits bestehende Erinnerungsstrukturen und Erinnerungsorte mit neuen Strukturen und Orten vereinen. Bestehende geförderte Strukturen müssen erhalten bleiben.

Die neuen erinnerungskulturellen Handlungsräume in Berlin sollten in enger Zusammenarbeit mit Communities und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen geschaffen werden, die kolonialismus- und rassismuskritisch positioniert sind, sich diasporisch oder (post-) migrantisch verorten, solidarisch und zukunftsgerichtet arbeiten sowie negativ von den Folgen des Kolonialismus betroffen sind.

Eine dezentrale Erinnerungslandschaft muss die Kolonialität Berlins auf komplexe Weise erfahrbar machen und bedeutende kolonialhistorische Räume markieren, diese im Stadtraum sichtbar/begehbar werden lassen und ihre Gegenwärtigkeit und zukünftige Potentialität vermitteln.

- Die Adresse Wilhelmstraße 92, an der 1884/85 die Berliner Afrika-Konferenz stattfand, muss zu einem wichtigen Ort innerhalb einer dezentralen Erinnerungslandschaft entwickelt werden.
- Weitere wichtige Orte Berlins kolonialer Vergangenheit, die markiert, erläutert und gestaltet werden müssen, sind das Afrikanische Viertel im Wedding, das Bismarck-Denkmal am Großen Stern im Tiergarten, der Zoologische Garten im selben Bezirk, der Botanische Garten bzw. das Botanische Museum in Lichterfelde und das ehemalige Völkerkundemuseum in Dahlem.
- Die vorgeschlagenen Orte für einen zentralen Erinnerungsort sind ebenso als Orte eines dezentralen Netzwerks zu berücksichtigen, sobald die Standortsuche für den zentralen Ort vorangegangen ist: Standort des ehemaligen Deutschen Kolonialmuseums, Ort des ehemaligen sogenannten Königlichen Museums für Völkerkunde und das Areal rund um den Karpfenteich im Treptower Park.
- An all diesen Orten müssen die verschiedenen Dimensionen kolonialer Wirkmacht aufgezeigt werden, wie etwa Städteplanung (Afrikanisches Viertel), Kolonialismus und Kapitalismus (»Völkerschau« und Berliner Gewerbeausstellung) sowie die Vermittlung von kolonialem Wissen und den dazugehörigen Wissenssystemen / Wissenschaften (Zoologischer Garten, Botanischer Garten, Völkerkundemuseum).

Erinnerungskulturelle Leerstellen müssen aufgedeckt und geschlossen werden. Es gibt in Berlin bisher keine Mahnmale für den Völkermord an den Herero und Nama oder den genozidalen Maji-Maji-Krieg. Dies muss im Rahmen einer kolonialismuskritischen Gedenkkultur verändert werden.

Eine dezentrale Erinnerungslandschaft muss darüber hinaus die zahlreichen, für die bestehende Berliner Erinnerungskultur bedeutsamen und in Form und Inhalt vielfältigen Erinnerungszeichen, Stadtmarkierungen, Denkmale und Gedenktafeln im öffentlichen Stadtraum erhalten und diese konsequent erweitern.

- Neben einigen nationalen und zentral gelegenen Denkmalen und Gedenkorten ist vor allem das dezentrale Netz an historischen Stadtmarkierungen typisch für Berlin. Hier haben insbesondere Geschichtswerkstätten, Bürgerinitiativen und kritische Historiker*innen, die bezirklichen Gedenktafelkommissionen und Bezirksmuseen, aber immer wieder auch bildende Künstler*innen zu einer großen Fülle und Vielfalt an Erinnerungsformen beigetragen.
- In den vergangenen Jahren wurden auf Initiative von überwiegend zivilgesellschaftlichen Akteur*innen Stadtmarkierungen und Zeichen für die Erinnerung an koloniale Geschichte und Widerstand in Berlin gesetzt.
- Es gilt, diese Anfänge weiter zu differenzieren und kritisch zu begleiten. Das bedeutet unter anderem auch, verstärkt Markierungen und Zeichen mit Bezug zum deutschen Kolonialismus in Asien und im Pazifik zu setzen.

Eine dezentrale Erinnerungslandschaft muss ein kritisches Verständnis der deutschen Kolonialgeschichte wirksam verankern und

- einen verstärkten Fokus auf Kolonialismus im Rahmen bereits bestehender Erinnerungsformen legen. Gerade hier bestehen vielversprechende Möglichkeiten, den Verschränkungen und Verflechtungen Rechnung zu tragen, die so vielen Orten Berlins und den Biografien seiner Bewohner*innen innewohnen.
- die Möglichkeit fördern, neue Formen der Erinnerung zu erproben, sei es in Form von temporären oder dauerhaften Interventionen im öffentlichen Raum, historischen Informationen oder der Ermöglichung künstlerischer Auseinandersetzung.

- sicherstellen, dass erinnerungskulturelle Vielheit mit Wiedererkennbarkeit einhergeht. Deshalb wird ein Stadtmarkierungssystem für alle Erinnerungsorte und -zeichen mit Kolonialismusbezug gefordert. Ebenso ist die Überprüfung bereits kontextualisierter Orte ein wichtiges Anliegen.

Eine dezentrale Erinnerungslandschaft muss prozessorientiert gestaltet werden und

- als Praxis einer unabgeschlossenen Erinnerungsarbeit, einer dauerhaften kritischen Auseinandersetzung mit sich selbst und der Gegenwart gelebt werden. Diese neuen, dezentral organisierten Erinnerungsräume sollen ein regional differenziertes und transnational verflochtenes Erinnern ermöglichen, vielschichtige und diverse Vergangenheiten und Gegenwarten miteinander verbinden sowie historische Diskontinuitäten, Brüche und Widersprüchlichkeiten berücksichtigen.
- eine flexible und verflechtungsgeschichtliche Praxis des Erinnerns ermöglichen, die sich kontinuierlich weiterentwickeln kann, eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung fördert und ein Gedenken sowie emotionale Zugänge zu Erinnerung zulässt. Eine solche Erinnerungspraxis soll nicht nur die historischen Aspekte der Kolonialgeschichte thematisieren, sondern zugleich auf ihre Gegenwärtigkeit Bezug nehmen. Auf diese Weise wird eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen, aber auch mit individuellen und zwischenmenschlichen Realitäten möglich.
- physische Orte für die Opfer des deutschen Kolonialismus und deren Nachfahr*innen schaffen, an denen ein geschützter Raum für Trauer und die Verarbeitung von traumatischen Erfahrungen bereitgestellt wird.

ETABLIERUNG DAUERHAFTER STRUKTUREN

Eine plurale und inklusive Erinnerungsarbeit zum Kolonialismus muss nachhaltig gestaltet werden. Um sie zu unterstützen, zu verstetigen und ihre Qualität zu sichern, braucht es tragfähige und vor allem dauerhafte Strukturen. Um dies zu erreichen,

- wird die Gründung einer »Stiftung Kolonialismus Erinnern« angestrebt – als Trägerstruktur für die Arbeit in Berlin, zur Sicherung der Internationalisierung dieses Diskurses und zur Realisierung von Austauschprojekten und Vernetzung.
- ist der Ausbau der Geschäftsstelle »Erinnerungskonzept / Erinnerungsort Kolonialismus« notwendig.
- ist die Einrichtung weiterer Haushaltsposten zur institutionellen Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Dekolonisierung in Kooperation mit städtischen, lokalen, überregionalen und internationalen Akteur*innen und Institutionen erforderlich.
- wird der Ausbau der Zusammenarbeit mit Akteur*innen aus Kunst, Kultur und Zivilgesellschaft sowie der Austausch mit Akteur*innen aus Ländern, die eine koloniale Beziehungsgeschichte mit Deutschland haben, gefordert.

WEITERE FORDERUNGEN

Während des partizipativen Entstehungsprozesses des vorliegenden Konzepts »Kolonialismus erinnern« haben zivilgesellschaftliche Akteur*innen sowie Expert*innen Forderungen erarbeitet.
Diese dienen als Grundlage, um konkrete Maßnahmen und Arbeitspakete für eine plurale, inklusiv gestaltete Kolonialismus-Erinnerung abzuleiten.

- **Umbenennung von Straßen und Plätzen:**
  Die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die derzeit an vielen Stellen im Stadtraum noch Wegbereiter*innen und Akteur*innen des Kolonialismus, der Versklavung oder rassistisch-imperialistischer Ideologien ehren, ist dringend notwendig. Die Namen dieser problematischen historischen Personen sollen durch die Namen von Menschen ersetzt werden, die im antikolonialen Widerstand aktiv waren und für humanistische, demokratische Werte gekämpft haben. Die Bezirke, die in Berlin für die Änderung von Straßennamen zuständig sind, müssen das Thema gezielter angehen. Darüber hinaus ist es notwendig, auch bereits umbenannte Straßen zu kontextualisieren und eine regelmäßige Aktualisierung der erklärenden Zusammenhänge zu gewährleisten. So kann sichergestellt werden, dass sich sowohl der aktuelle Stand der historischen Forschung als auch damit korrespondierende Entwicklungen zur Verwendung einer diskriminierungsfreien Wort- und Bildsprache angemessen an den jeweiligen Erinnerungsorten abbilden.

- **Ausbau der wissenschaftlichen Forschung zur Kolonialgeschichte:**
  Die wissenschaftliche Forschung muss sich deutlich stärker als bisher mit einer kolonialismus- und rassismuskritischen Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte befassen. Eine multiperspektivische Erforschung des Kolonialismus muss die gesamtgesellschaftliche Erinnerungsarbeit fundieren und sie begleiten. An den Berliner Hochschulen sind neue Lehrstühle einzurichten, deren Besetzung diversitätsorientiert und nach dem Prinzip der Positiven Maßnahmen erfolgt, um eine effektive Chancengleichheit für rassismus- und diskriminierungserfahrene Wissenschaftler*innen zu gewährleisten. Neu zu schaffende Erinnerungsorte sollen nicht allein dem Gedenken dienen, sondern auch als Orte der Forschung fungieren und mit Hochschulen kooperieren. Im Ethnologischen Museum und in anderen Berliner Museen mit kolonialen Beständen ist die Provenienzforschung ebenso weiter zu stärken wie Nachforschungen zur Institutionsgeschichte, zur Involviertheit in koloniale Prozesse und zur Transparenz und Intransparenz in Bezug auf die eigene Täterschaft.

- **Erweiterung der Forschung zum asiatischen Kontinent und zum pazifischen Raum:**
  Die Erforschung des deutschen Kolonialismus in Asien und im pazifischen Raum muss weiter intensiviert und zugänglich gemacht werden. Der Fokus ist dabei auf eine kolonialismuskritische Auseinandersetzung mit der Geschichte Qingdaos in China zu legen, das von 1898 bis 1914 als Tsingtau unter deutscher Kolonialherrschaft stand, auf die historischen Beziehungen zwischen Tonga und Deutschland sowie auf die unter den Namen »Deutsch-Neuguinea« und »Deutsch-Samoa« von Deutschland kolonisierten Inseln im Pazifik: heute Papua-Neuguinea, Karolinen, Nördliche Marianen, Palau, Nauru, Marshallinseln, Salomonen und Samoa.

- **Stärkung der Forschung zu Rassismus:**
  Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursprüngen des kolonialen Rassismus und seinen Auswirkungen muss gestärkt werden. Hierbei sind vor allem die Entwicklungen und Traditionen dehumanisierender Denkstrukturen in den Blick zu nehmen, um den strukturgeschichtlich tief verwurzelten Rassismus der Gegenwart analysieren und dekonstruieren zu können.

- **Pluralisierung und Internationalisierung der Forschung zum Kolonialismus:**
  Die Geschichte des Kolonialismus ist ein globales Phänomen, das nicht allein von Europa oder anderen, in das koloniale Projekt involvierten westlichen Ländern aus betrachtet werden kann. Um der Komplexität kolonialer Verwobenheiten gerecht zu werden, ist deshalb eine kontinuierliche wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Forschenden aus Afrika, Asien und dem pazifischen Raum sowie mit Forschenden aus den dazugehörigen Diasporas unabdingbar. Das bedeutet konkret: die Stärkung bestehender internationaler Forschungsprojekte, die Ausschreibung und Etablierung von wissenschaftlichen Verbundprojekten, die gezielte Zugänglichmachung von kolonialismuskritischen Diskursen insbesondere aus jenen Ländern Afrikas, Asiens und des pazifischen Raums, die eine koloniale Beziehungsgeschichte mit Deutschland haben.

- **Pluralisierung und Internationalisierung des Gedenkens an den Kolonialismus:**
  Eine zeitgemäße Gedenk- und Erinnerungsarbeit zum Kolonialismus muss sich konzeptionell, inhaltlich und in der praktischen Umsetzung sowohl für die Vielheit der Berliner Stadtgesellschaft als auch für Erfahrungen und Perspektiven aus jenen Ländern und Regionen öffnen, die Teil der kolonialen Beziehungsgeschichte mit Deutschland sind. Das impliziert eine Öffnung für afrikanische, asiatische und pazifische Geschichtserzählungen und Gedenkformen. Darüber hinaus ist die Einrichtung, Vernetzung und Zusammenarbeit kolonialismuskritischer Lern- und Erinnerungszentren in Berlin mit vergleichbaren Institutionen in afrikanischen, asiatischen und pazifischen Staaten von besonderer Bedeutung. Kolonialismuskritische Lern- und Erinnerungszentren können in ihrer Arbeitsweise

und Wirksamkeit von den Erfolgen und Misserfolgen bereits existierender Netzwerke und Institutionen lernen, die sich mit der Aufarbeitung der NS-Diktatur oder des SED-Regimes befassen.

- **Dekolonisierung von Kulturinstitutionen:**
  Vom Kolonialismus legitimierte und durch ihn geprägte Institutionen wie der Zoologische Garten, das Ethnologische Museum oder das Botanische Museum müssen sich kritisch mit ihrer kolonialen Gründungs- und Beteiligungsgeschichte auseinandersetzen und Ressourcen darauf verwenden, diesen Teil ihrer Geschichte sichtbar und zugänglich zu machen. Kolonialismus ist kein »Thema«, das in einer Ausstellung abgehandelt und dann erfolgreich »abgeschlossen« oder »bewältigt« werden kann. Eine kolonialismuskritische Erinnerungsarbeit ist vielmehr eine allumfassende Querschnitts- und Strukturarbeit, die ein langfristiges und prozessorientiertes Engagement auf allen Ebenen der institutionellen Praxis erforderlich macht. Innerhalb der Institution sind eine kontinuierliche Auseinandersetzung sowie eine ebenso kontinuierliche Reflexion zu Fragen des Kolonialismus, der Kolonialität und den Perspektiven der Dekolonisierung in musealen Kontexten daher unerlässlich. Museen in Berlin und Deutschland sollen hierzu eine klare Haltung entwickeln und diese öffentlich und transparent kommunizieren.

- **Restitution von Kunst und Kulturgütern:**
  Die an der Erstellung dieses Erinnerungskonzepts beteiligten Expert*innen aus Afrika und der afrikanischen Diaspora sowie aus anderen Regionen betonen die Notwendigkeit umfassender Restitutionen geraubter und in kolonialen Unrechtskontexten erworbener Kulturgüter durch Museen und andere Institutionen, konkret: Rückführung, Entschädigung, finanzielle Unterstützung bei Restauration, Lagerung und Ausstellung sowie die Etablierung von Kooperations- und Verbundprojekten.

- **Repatriierung von menschlichen Gebeinen:**
  In Berlins Museen und wissenschaftlichen Institutionen liegen bis heute die Gebeine von mehr als 9.000 Menschen. Eine schnelle und würdige Rückführung dieser *ancestral human remains*❸ muss sowohl durch die betreffenden Institutionen als auch durch die Politik mit Nachdruck vorangetrieben werden. Es ist mit universellen humanistischen Grundwerten unvereinbar, menschliche Körper als »Sammlungsobjekte« zu behandeln. Gesellschaftliche und politische Entscheidungsträger*innen sind deshalb aufgefordert, Ressourcen bereitzustellen, um lebende Angehörige von namentlich identifizierten Toten ausfindig zu machen und Rückführungen zu ermöglichen. Institutionen müssen von sich aus tätig werden, ihre Bestände transparent kommunizieren und sowohl gegenüber den Herkunftsgesellschaften der Toten als auch gegenüber ihren direkten Nachfahr*innen Verantwortung übernehmen.

- **Recherche zur zukünftigen Rehabilitierung von Justizopfern:**
  Während des deutschen Kolonialismus wurden Menschen auf der Basis eines rassistischen Rechtsverständnisses zu Unrecht verurteilt und müssen rehabilitiert werden. Bislang bekannte Fälle, wie etwa die Hinrichtung von Rudolf Duala Manga Bell in Kamerun oder die Inhaftierung und Ermordung von Cornelius Fredericks im kolonialen Konzentrationslager in Namibia, sind für ein umfassendes Verständnis des kolonialen juristischen Unrechtssystems nicht ausreichend. Vielmehr muss die Erforschung weiterer Biografien vorangebracht werden, um eine Basis für die zukünftige Rehabilitierung von Justizopfern zu schaffen.

❸ **Ancestral human remains hat sich durchgesetzt als Bezeichnung für die Gebeine verstorbener Menschen – Verwandte, Ahn*innen, Vorfahr*innen – aus ehemaligen deutschen und anderen europäischen Kolonien, die nach wie vor in Museen und Forschungseinrichtungen in Berlin und Deutschland »gelagert« werden. Die Menschen sind bis heute nicht beerdigt, ihnen wird kein Recht auf Totenruhe zugestanden und für ihre Nachfahr*innen ist es nicht möglich, ihrer angemessen zu gedenken.**

2025 Rundgang im Afrikanischen Viertel, Berlin-Wedding.

ARBEITS-GRUNDSÄTZE FÜR EINE PLURALE UND INKLUSIVE

KOLONIALISMUS-ERINNERUNG

Eine zeitgemäße Kolonialismus-Erinnerung, die plural und inklusiv ausgerichtet ist, braucht zielführende Arbeitsgrundsätze, die im Folgenden aufgeführt sind. Diese Arbeitsgrundsätze wurden von der seit vielen Jahren im Themenfeld arbeitenden Berliner Zivilgesellschaft, von Nachfahr*innen von Opfern der deutschen Kolonialherrschaft sowie von Expert*innen aus Ländern, die eine koloniale Beziehungsgeschichte mit Deutschland haben, gemeinsam erarbeitet. Sie sind ein vorläufiges Ergebnis und werden in den kommenden Arbeitsprozessen erweitert und präzisiert.

- **Dekolonisierung von Machtstrukturen:**
  Die während des Kolonialismus etablierten Machtverhältnisse und die heutigen postkolonialen Asymmetrien müssen kritisch beleuchtet und in ihren Wirkmechanismen unter Berücksichtigung von Mehrfachdiskriminierungen analysiert werden. Orte, die der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus gewidmet sind, müssen bestehende Machtungleichheiten dekonstruieren.

- **Dekolonisierung von Beteiligungsprozessen:**
  Eine gezielte, frühzeitige und umfassende Einbeziehung afrikanischer/asiatischer/pazifischer/diasporischer Perspektiven und die Beteiligung der entsprechenden Personen- und Expert*innenkreise ist für alle weiteren Vorhaben zur Etablierung einer zeitgemäßen Kolonialismus-Erinnerung unabdingbar. Darüber hinaus ist eine maßgebliche Mitsprache der Nachfahr*innen Kolonisierter in allen Angelegenheiten, die sie und ihre Vorfahr*innen betreffen, notwendig, um europäische Narrative mit ihren Perspektiven in Dialog zu bringen.

- **Dekolonisierung von Gedenkformen:**
  Eine lebendige plurale und inklusive Erinnerungs- und Gedenkpraxis erfordert die multiperspektivische Rekonstruktion und Integration von Erinnerungen und Geschichten. Das impliziert eine gezielte Förderung von Gedenkformen, in denen emotionale, künstlerische und spirituell geprägte Ausdrucksformen eine Rolle spielen, z.B. Tanz, Musik oder Poesie.

- **Dekolonisierung des Verständnisses von Raum und Architektur:**
  Für eine zeitgemäße plurale und inklusive Kolonialismus-Erinnerung müssen tradierte Konzepte bei der Gestaltung von Raum, insbesondere durch Architektur, hinterfragt und dekoloniale Neukonzeptionen erarbeitet werden, mit denen sich Räume sensibel, barrierearm und nachhaltig organisieren lassen. Die Kooperation mit Institutionen, die eine intersektional fundierte Neugestaltung von Räumen vorantreiben, wird angeregt. Ziel ist es, sich von individualistischen und isolierten Ansätzen zu lösen und stattdessen kollektive und gemeinschaftliche Lösungen für eine diverse Gesellschaft zu entwickeln, mit denen unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und Zugangsmöglichkeiten im Verhältnis von Mensch, Natur und Umwelt berücksichtigt und angemessen abgebildet werden.

- **Dekolonisierung einer stadtgeschichtlichen Mehrheitserzählung:**
  Berlin ist vielstimmig. Deshalb müssen die Stimmen und Perspektiven verschiedener Gesellschaften, sozialer Gruppen, Communities und Generationen aktiv eingebunden werden. Erst dann ist es möglich, eine annähernd umfassende Geschichte Berlins zu erzählen und zu präsentieren. Migrations-, Diaspora- und Fluchterfahrungen sind im Kontext der kolonialen und postkolonialen Vergangenheit Berlins zu denken und entsprechend einzubetten.

- **Vernetzung, Austausch und Kommunikation:**
  Für eine zielgerichtete Arbeit ist die Förderung einer systematischen Kooperation von rassismus- und diskriminierungskritischen Berliner Akteur*innen, die im Themenfeld Kolonialgeschichte und Kolonialismus-Erinnerung arbeiten, dringend notwendig. Darüber

hinaus ist eine Zusammenarbeit z.B. mit Arbeitskreisen wie denen zur Aufarbeitung der Geschichte der NS-Diktatur und der Geschichte des SED-Regimes sowie ein Austausch über Möglichkeiten einer Kooperation zu verflechtungsgeschichtlichen Ansätzen besonders wünschenswert. Eine plurale Gesellschaft braucht eine Erinnerungskultur, die nicht in klar voneinander getrennte Bereiche unterteilt ist, sondern an den Schnittstellen und Übergängen arbeitet, um die Vielheit der Erfahrungen und Perspektiven miteinander zu verbinden, ohne sie zu relativieren.

- **Zugänglichkeit, Gestaltung und Vermittlung:**
  Der deutsche Kolonialismus ist ein komplexes historisches Phänomen. Gerade deshalb müssen Erinnerungsorte inhaltlich so gestaltet werden, dass sie sowohl tiefergehende, wissenschaftlich fundierte Informationen als auch eine große Bandbreite an einfacheren Zugängen anbieten, um ein diverses Publikum – genauer: verschiedene Publika – anzusprechen. Die Aufbereitung und Vermittlung von Inhalten zum Thema sollte verschiedene Lernzugänge ermöglichen, um Menschen mit unterschiedlichen Rezeptionsgewohnheiten und Lernpräferenzen zu erreichen. Bildungsangebote zur Kolonialismus-Erinnerung sollen nicht nur dem Erwerb von Wissen dienen, sondern auch als Diskussionsplattformen und Orte des Austauschs bereitstehen.

- **Kontinuität und Nachhaltigkeit bei der Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus:**
  Die Erinnerung an den deutschen Kolonialismus ist nach wie vor von vielen Leerstellen geprägt. Gerade deshalb ist es wichtig, Maßnahmen für eine plurale und inklusive Kolonialismus-Erinnerung langfristig anzulegen und eine erinnerungskulturelle Kontinuität zu gewährleisten. Nur so wird es möglich, die Erinnerung an den Kolonialismus im gesamtgesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern und auf eine fortlaufende gesellschaftliche Reflexion hinzuwirken. Die Erschließung und Sammlung von Objekten und Archivmaterialien, welche die unterschiedlichen Lebensrealitäten Berlins widerspiegeln, nimmt dabei eine maßgebliche Rolle ein.

SCHLUSS-GEDANKE

Wenn wir im erinnerungspolitischen Kontext die notwendige Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Geschichte und deren Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben fordern, verwenden wir oft den Begriff der »Dekolonisierung«. Dieser Prozess ist – trotz seiner Resonanzen und Wirkungen nach Außen – primär nach innen gerichtet. Es geht um uns, um uns im Hier und Jetzt, aber auch darum, wie wir morgen in all unserer Vielheit werden wollen.

Der Dekolonisierungsprozess umfasst alle Lebensbereiche; er erfordert Geduld und eine Bereitschaft zur Veränderung. Es liegt an uns Berliner*innen, eine gesamtgesellschaftliche Erinnerung zu schaffen, die unserer Vielheit, unseren Erfahrungen und Geschichten gerecht wird und unsere Unterschiede und Widersprüchlichkeiten berücksichtigt. Als die Gesellschaft, die wir heute sind, ermöglicht uns dieser Prozess, kritische Perspektiven in Bezug auf unsere Vergangenheiten und Gegenwarten zu entwickeln, die sowohl zu Berlin und zu Deutschland als auch zur Welt gehören.

Wir dürfen die Verantwortung für unser koloniales Erbe – gerade wegen all unserer verschiedenen Positionen – nicht länger an kommende Generationen weiterreichen, sondern müssen uns fragen, in welchen Welten diese Generationen leben sollen oder vielleicht leben müssen. Diese Frage verlangt uns konkrete Entscheidungen ab. Und sie braucht konkretes Handeln.
Im Hier und Jetzt.

2024 Vorstellung des Erinnerungskonzepts im Haus der Kulturen der Welt (HKW) in Berlin.

Wir danken allen, die diesen Prozess mitgetragen, mitgestaltet und mit angestoßen haben. Ohne das Engagement, die Ausdauer, die Beharrlichkeit und die Widerständigkeit der afrikanischen und asiatischen Diaspora wäre dieses Konzept nicht möglich gewesen. Unser aufrichtiger Dank gilt besonders den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, dem Historischen Beirat bei der Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Mitarbeitenden der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Beteiligte zivilgesellschaftliche Akteur*innen
ADEFRA e.V.
Afrika-Rat Berlin-Brandenburg e.V.
Coalition for Pluralistic Public Discourse
Decolonize Berlin e.V.
Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt
Korea Verband e.V.
korientation e.V.

Mit Gedanken, Ideen und Denkanstößen von
Sénamé Koffi Agbodjinou, Joshua Kwesi Aikins, Professor Maisha-Maureen Auma, Priya Basil, Dr. Manuela Bauche, Brian Black, Miriam Camara, Dr. Max Czollek, Renée Eloundou, Professor Albert Gouaffo, Dr. Noa K. Ha, Professor Mathilde ter Heijne, Professor Charles Mulinda Kabwete, Dr. Darja Klingenberg, Talya Lubinsky, Sima Luipert, Dr. Barbara Lutz, Dzekashu MacViban, Dr. Moses März, Oswald Masebo, Mnyaka Sururu Mboro, Léonora Miano, Marianne Ballé Moudoumbou, Professor Luyanda Mpahlwa, Antonia Naase, Dr. Thomas Oberender, Sharon Dodua Otoo, Dr. Charlotte Piepenbrock, Peggy Piesche, Maresa Nzinga Pinto, Professor Ciraj Rassool, Fogha Mc Cornilius Refem aka Wan wo Layir, Dr. Tazalika M. te Reh, Anani Dodji Sanouvi, Saliou Sarr aka Alibeta, Professor Bénédicte Savoy, Lerato Shadi, Hildegard Titus, Dr. Ohiniko Mawussé Toffa, Sinthujan Varatharajah, Clara Westendorff

Lektorat
Nicola Lauré al-Samarai, Anne Benza-Madingou,
Sebastian Huber, Thomas Küchenberg

Visuelle Sprache
Visual Intelligence
(Robin Coenen, Danielle Rosales, Alisa Verzhbitskaya)

Filmarbeiten
Nicolas Premier, Siska

Fotos
Thabo Thindi, Stiftung Stadtmuseum Berlin

Team
Dr. Ibou Coulibaly Diop mit Luca Tamara Yaa Amponsah,
Marc-Sebastian Eils, Julien Enzanza, Sebastian Huber,
Mario Laarmann, Maresa Nzinga Pinto, Jana Sauer,
Linnéa Steegmüller, Jeanne-Ange Wagne

Herausgegeben von
Dr. Ibou Coulibaly Diop, Stiftung Stadtmuseum Berlin,
Team Erinnerungsort Kolonialismus, Poststraße 13-14, 10178 Berlin.

Gedruckt von
VierC

Oktober 2025

Zitiervorschlag
Diop, Ibou (Hrsg.): *Kolonialismus Erinnern. Ein gesamtstädtisches Erinnerungskonzept für Berlin,* Berlin: Stiftung Stadtmuseum Berlin 2025.

Die Inhalte und Werke in dieser Publikation unterliegen dem deutschen Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung der Autor*innen. Der Verkauf und kommerzielle Gebrauch dieser Veröffentlichung sind nicht gestattet.

Kontakt
erinnerungsort-kolonialismus@stadtmuseum.de